



# Bundestags-Info

## KW 20/2019

**Ingrid Arndt-Brauer**

Mitglied des Deutschen Bundestages



Deutscher Bundestag/Photothek/Thomas Koehler

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der letzten Woche tagte und auch in dieser Woche tagt der Bundestag – das letzte Mal vor der anstehenden Europawahl. Ich möchte euch darüber informieren, was wir in diesen zwei Sitzungswochen erreicht haben und wo unsere politischen Schwerpunkte liegen.

### **Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz kommt – zentrale SPD-Forderung wird endlich umgesetzt**

Die SPD fordert seit inzwischen zwei Jahrzehnten ein belastbares Einwanderungsgesetz, um den Zuzug in unser Land zu regeln. Das ist dringend nötig: Es gibt viele Menschen, die gerne in Deutschland arbeiten würden – und wir brauchen viele Menschen, die genau das tun. Auch wenn an erster Stelle steht, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland bestmöglich zu qualifizieren, wird dies nicht reichen, um unseren Arbeitskräftebedarf nachhaltig zu decken. Der demographische Wandel schlägt hier voll zu. Für die Erwerbsmigration gelten mit dem Gesetz zwei Grundsätze: Wir nehmen diejenigen auf, die ein konkretes Arbeitsplatzangebot haben – und die hierfür qualifiziert sind. Mit dem neuen Gesetz werden zukünftig folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Öffnung des Arbeitsmarktes nicht nur für hochqualifizierte Fachkräfte wie z.B. Akademikerinnen und Akademiker, sondern für alle Fachkräfte mit Berufsausbildung
- Abschaffung der Vorrangprüfung für Fachkräfte: Möchte ein Bewerber aus einem Drittstaat in Deutschland arbeiten, ist die Prüfung, ob es im Inland bereits qualifizierte Bewerber gäbe, nicht mehr erforderlich – dieses Prüfverfahren verzögerte die Visaerteilung bisher teilweise um mehrere Monate. Ändert sich die Lage am Arbeitsmarkt, kann die Vorrangprüfung wieder aktiviert werden.
- Zukünftig dürfen nicht nur Akademikerinnen und Akademiker für sechs Monate nach Deutschland zur Jobsuche kommen, sondern auch ausgebildete Fachkräfte

### **Wir erhöhen das BAföG und stehen zugleich für eine gut bezahlte Berufsausbildung ein**

Die SPD möchte, dass jeder junge Mensch in Deutschland die Chance hat, sein Leben erfolgreich zu gestalten – und hat sich damit durchgesetzt. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Zahl von einer Milliarde EUR wird dafür sogar noch auf 1,23 Mrd. EUR erhöht. Neben einer Steigerung des BAföG-Höchstsatzes auf 861 statt bisher 735 EUR werden hier auch die Grenzen für die Einkommensanrechnung der Eltern verschoben, damit mehr Studentinnen und Studenten von der Förderung profitieren.

Nicht nur Studierende sollen jedoch gut von ihrem Geld leben können, sondern auch Auszubildende. Die SPD hat es bei den Koalitionsverhandlungen zur Bedingung für eine erneute Regierungsbeteiligung gemacht, dass eine Mindestausbildungsvergütung eingeführt wird. Schon jetzt sind alle Betriebe verpflichtet, ihren Auszubildenden eine „angemessene Ausbildungsvergütung“ zu zahlen. Die überwiegende Mehrheit der Auszubildenden wird aufgrund von guten Tarifverträgen ordentlich bezahlt – allerdings nicht in allen Regionen und Berufen. Mit der Mindestausbildungsvergütung sorgen wir nun dafür, dass eine Untergrenze dessen, was angemessen ist, definiert wird – und alle Auszubildenden diesen Lohn bekommen.



# Bundestags-Info

## KW 20/2019

Ingrid Arndt-Brauer  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Mindestvergütung wird sich dabei wie folgt entwickeln:

	1. Lehrjahr	2. Lehrjahr	3. Lehrjahr
2020	515 EUR	ca. 608 EUR (+ 18%)	ca. 695 EUR (+ 35%)
2021	550 EUR	649 EUR (+ 18%)	ca. 734 EUR (+ 35%)
2022	585 EUR	ca. 690 EUR (+ 18%)	ca. 743 EUR (+ 35%)
2023	620 EUR	ca. 732 EUR (+ 18%)	837 EUR (+ 35%)

Die SPD hat sich damit auch gegen die Vorstellungen der CDU-Bildungsministerin Karliczek durchgesetzt, die eine deutlich geringere Mindestvergütung vorgeschlagen hatte.

### **SPD sorgt für bessere Arbeitsbedingungen in der Paketbranche**

Der Koalitionsausschuss hat sich in dieser Woche auf Drängen der SPD darauf verständigt, eine Nachunternehmerhaftung im Versandgewerbe einzuführen. Das wird für bessere Arbeitsbedingungen in der Paketbranche sorgen. Viele der Paketboten, die täglich unsere Sendungen ausliefern, werden von Subunternehmern beschäftigt – zu meist sehr schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Weil viele Subunternehmer ihre Mitarbeiter schwarzarbeiten lassen, werden auch keine Sozialversicherungsbeiträge abgeführt – ein Schaden nicht nur für Betroffene, sondern fürs gesamte Sozialsystem. Verstößt ein Subunternehmer zukünftig gegen diese Regeln, haftet dafür der Auftraggeber – also der große Paketdienstleister, der den Subunternehmer zur Erfüllung seiner Aufgaben einsetzt. Die Branche wird auf diese Weise dazu bewegt, nur mit solchen Unternehmern zusammenzuarbeiten, die für faire Löhne stehen.

### **Die SPD steht für ein starkes Europa**

Am 26. Mai sind Europawahlen. In 28 Mitgliedstaaten sind rund 400 Millionen Menschen dazu aufgerufen, ihre Stimme für das europäische Parlament abzugeben. Die SPD ist eine Europapartei – und zeigt das immer wieder auch im Bundestag. Europa muss stärker zusammenwachsen, um auf die globalen Herausforderungen antworten zu können. Schwerpunktmäßig fordert die SPD deshalb:

- eine faire Konzernbesteuerung: Während Unternehmen aus der klassischen Wirtschaft in Europa im Durchschnitt effektiv 23,2 % Steuern zahlen, liegt diese Quote bei Digitalkonzernen viel niedriger: Sie zahlen nur 9,5 % Steuern. Die SPD setzt sich deshalb dafür ein, dass auch global agierende Konzerne wie die Digitalunternehmen endlich gerechte Steuern zahlen. Wer in Europa Geld verdient, soll auch in Europa Steuern zahlen.
- faire Arbeitsbedingungen in ganz Europa: Wir fordern einen europaweiten Mindestlohn und die weitere Umsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“.
- eine auf Frieden und Abrüstung ausgerichtete Europäische Union: Die EU ist ein Friedensprojekt. Sie muss sich weltweit für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzen. In diesem Zusammenhang wird auch eine deutsche Beteiligung an einer gegen den Iran gerichteten Militärintervention abgelehnt – mit der SPD wird es diese nicht geben.

Eure

*Ingrid Arndt-Brauer*